

# Volkszeitung

Nr. 39.

Erscheint 2 mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 20 Groschen. Stellenbesuche 50%, Angebote 25%, Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Lodz, Jamenhofs 17, III-16  
Sprachstunden des Schriftleiters  
täglich von 3 bis 6 Uhr nachmitt.

Der Abonnementspreis für den Monat Juli beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich.

2. Jahrg.

## Die Blancovollmacht für Grabski.

Von  
Armin Zerbe.

Noch bevor der Sejm in die Ferien geht, wird er sich mit dem Ermächtigungsgesetz zu beschäftigen haben, das der Regierung weitere Vollmachten bis zum 31. Dezember gibt. Der Sejm tritt eine Reihe wichtiger Rechte, die nur allein ihm als höchste gesetzgebende Instanz zustehen, für die Dauer von sechs Monaten an die Regierung ab. Die Regierung gelangt dadurch in die Lage, auf dem Wege von Verordnungen einschneidende Bestimmungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zu treffen. Der Ministerrat kommt also zusammen, beschließt eine Angelegenheit, die jedoch nicht über die im Ermächtigungsgesetz festgesetzten Grenzen hinausgehen darf, und der Staatspräsident erläßt diesen Beschluß auf dem Wege von Verordnungen. Die Verordnungen haben Gesetzeskraft.

Die Prozedur des Gesetzwerdens wird vereinfacht. Statt wochenlangender Kommissionsberatungen und den drei Lesungen im Sejm sowie der Stellungnahme des Senats, genügt ein einfacher Beschluß des Ministerrats. Dies hat wohl seine Vorteile, aber auch Nachteile. Der Sejm wird gänzlich ausgeschaltet. Die Regierung kann im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes machen, was sie will, ohne daß der Sejm das Recht des Einspruchs besitzt. Und das will viel bedeuten. Der deutsche Reichstag erteilte vor ungefähr einem Jahre der deutschen Reichsregierung auch die Ermächtigung auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiete. Es ist also alles schon einmal gewesen und Grabski geht nur in die Fußtapfen der deutschen Reichsregierung. Doch zwischen dieser und der Regierung Grabski besteht ein Unterschied. Die deutsche Regierung war eine Regierung der Mitte, wenn auch mit stark bürgerlichem Einschlag. Die Regierung Grabski dagegen wird von dem Vertrauen der Rechten getragen. Und wenn die Linke ab und zu für sie stimmt, so ist es nur deswegen, weil die Linke kein einheitliches Programm, keine Disziplin, keinen bewußten Oppositionsgeist, keinen Mut zur Übernahme der Verantwortung besitzt. Die blasse Angst vor dem Vorwurf, den man ihr vielleicht machen könnte, gegen die Ermächtigung gestimmt zu haben, falls die Sanierung unsrer Wirtschaft doch gelingen sollte, läßt sie ihre Parteiprogramme vergewaltigen, ihre Gewissen schänden und wahrscheinlich auch für die Ermächtigung stimmen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte seinerzeit ebenfalls für die Ermächtigung gestimmt. Die deutsche Finanzsanierung kann als gelungen angesehen werden, wenn das deutsche Volk auch unter den wirtschaftlichen Nachwehen noch stark zu leiden hat. Und doch hat diese Stellungnahme der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen den Verlust von 83 Reichstagsmandaten und die Verschiebung der Kräfte nach den radikalen Flügeln gebracht. Sollte dies unsrer Linken nicht zu denken geben?

Das Ermächtigungsgesetz gibt der Regierung Grabski Vollmacht, durch eine Sparsamkeitsaktion

## Umbildung der Regierung Grabski.

Thugutt soll Außenminister werden. Säuerung in der „Wyzwolenie“. Witos will im Trüben fischen.

Die hartnäckigen Gerüchte von einer Umbildung der Regierung Grabski nehmen greifbare Gestalt an. Die Tage des Grafen Jamoycki sind gezählt. An seiner Stelle soll Abg. Thugutt, der Vorsitzende der „Wyzwolenie“ treten. Unterrichtsminister Miklaszewski soll ebenfalls zurücktreten. Als seine Nachfolger werden Prof. Kot sowie der Bruder des Ministerpräsidenten Prof. Stanislaw Grabski genannt.

Die Kandidatur des Abg. Thugutt hat in Sejmkreisen sehr überraschend gewirkt. Der linke Flügel der „Wyzwolenie“ mit dem Abg. Wojewodzki an der Spitze ist empört über die Möglichkeit der Teilnahme Thugutts an der Regierung. Man sprach sogar von einem Austritt Thugutts aus der Partei. Jedenfalls gärt es in der „Wyzwolenie“. Die Gruppe des Abg. Dabki will ebenfalls nichts von einer Beteiligung Thugutts an der

Regierung wissen, weil die „Wyzwolenie“ dann auch die Verantwortung für die Grabski-Regierung tragen müßte.

Die Berufung Stanislaw Grabskis bzw. die des Prof. Kot ist von geringerer Bedeutung. An die Stelle des Chsenisten Miklaszewski würde nur ein anderer Chsenist treten.

Die Uneinigkeit in der „Wyzwolenie“ hat eine große Schadenfreude bei Witos und Konsorten ausgelöst. Das Zählen der Stimmen, die für oder gegen seine Politik sein könnten, ist seine Hauptbeschäftigung. Die „Parzellierung“ in seinem Klub hat seinerzeit ihn selbst gestürzt. Jetzt freut er sich auf die „Parzellierung“ in der „Wyzwolenie“. In seinem Leitblatt „Wola ludu“ fordert er bereits alle besonnenen Mitglieder der „Wyzwolenie“ zum Beitritt zum „Piast“-Klub auf.

sowie durch Veräußerung von Staatsobjekten die Gesundung der Wirtschaft durchzuführen. Einer der wichtigsten Punkte des Sparsamkeitsprogramms ist die Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Jetzt, wo das Ministerium noch besteht, werden herzlich wenig öffentliche Arbeiten ausgeführt. Wie wird es erst dann werden, wenn die Zentrale, die die Arbeiten leitete, aufgehoben sein wird. Der große Plan, der Oberschlesien durch einen gewaltigen Kanal mit der Weichsel und somit mit Danzig verbinden sollte, ist zu Wasser geworden. An eine Regulierung der Weichsel ist nicht zu denken. Und doch sind billige Verkehrsstraßen die besten Vorbedingungen für die Gesundung der Wirtschaft. Das Wahrzeichen Warschaws, die wuchtige Poniatowski-Brücke, die die Russen gesprengt haben, soll weiterhin den fremden Besuchern von der Unfähigkeit und der sprichwörtlich gewordenen Nachlässigkeit unsrer Regierenden Zeugnis ablegen. Von den vielen Arbeitern, die in dieser ungeheuren Wirtschaftskrise Beschäftigung bei den öffentlichen Arbeiten gefunden hätten, wollen wir garnicht sprechen.

Grabski hat es verstanden, in der Kommission die Mehrheit für die Aufhebung zu gewinnen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens und der Landwirtschaft sollen ebenfalls Einschränkungen gemacht werden. Bisher war es üblich, daß die Regierung fast die ganzen Kosten für den Neubau von Volksschulen getragen hat. Grabski will aber nur 50 Prozent der Kosten tragen. Für die anderen 50 Prozent sollen die Gemeinden aufkommen. Was dies heißt, kann jeder ermessen, der die große Notlage der Gemeinden kennt. An neuen Schulen ist unter solchen Umständen nicht zu denken.

Die Forderung Grabskis, die vier Wojewodschaften der östlichen Grenzgebiete in drei zusammenzuschließen, hat in der Kommission bei den Minderheiten die schärfste Ablehnung gefunden. Beim Referieren dieses Punktes kam auch der Pferdefuß zum Vorschein. Grabski will durch die Zerschlagung der jetzigen Wojewodschaftsgrenzen eine neue Wahlbezirkseinteilung vornehmen. Daß diese Einteilung nicht zugunsten der in diesen Gebieten wohnenden Slaven ausfallen würde, ist klar. Aber auch

die Linksparteien wandten sich gegen diese Forderung. Sie fürchten in der Vereinigung der Wojewodschaften eine Gefahr für Polen. Da nach ihrer Meinung sogar die jetzigen Grenzen als „plynne“, also als noch nicht feststehend zu bezeichnen sind.

Allen Invaliden, die vom Staate eine KonzeSSION für den Handel mit Monopolartikeln erhalten haben, sollen die staatlichen Unterstützungen entzogen werden. Den Staatsbeamten, die noch einen Nebenberuf ausüben, also Kreisärzte, Veterinäre, Geometer usw. sollen die Staatsgehälter reduziert werden. Die Selbstverwaltungen, die eine verschwenderische Wirtschaft führen, sollen Staatskontrolleure erhalten, die wahrscheinlich ein größeres Gehalt beziehen werden, als die Verschwendung ausmacht.

Der wichtigste Punkt, der dem ganzen Ermächtigungsgesetz das Gepräge gibt, ist die Blancovollmacht für Grabski, die alten Steuerquellen so auszubeuten, wie es nur irgend möglich ist. Also eine Schraube ohne Ende. Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, wenn die Steuerschraube anständig angezogen wird. Doch muß bei uns nur der kleine Mann bluten, während die Großen über die Steuerverordnungen lachen. Die Kriegsgewinnler und Schieber hat man nicht erfaßt, dafür proletarisiert sich der Mittelstand immer mehr.

Grabski hat Vollmacht, Staatsobjekte zu verkaufen, also Mühlen, Grundstücke, Fabriken, Gruben usw.

Das ist nur eine kleine Blütenlese der Forderungen, für die Grabski die Ermächtigung haben will. Die Rechtsparteien sind von vornherein für das Ermächtigungsgesetz gewesen. Sie hatten nur besondere Wünsche, die Grabski berücksichtigen soll. Die Linksparteien wollten vor den Budgetberatungen nichts von einer Ermächtigung wissen. Sie mußten tausend Gründe anzuführen, warum sie dieses Gesetz ablehnen müßten. Nun, wo das Gesetz vor das Plenum des Sejm kommen soll, kapitulieren sie, um nicht den Ausdruck deserrieren zu gebrauchen, vor der Chjena. Die „Wyzwolenie“ und die P. P. S. wissen ganz genau, daß Grabski seine erste Vollmachten überschritten hat. Trotzdem wollen sie ihm wieder zum Ermächtigungsgesetz verhelfen. Die P. P. S. wird im Plenum besonders schlau vorgehen. Sie wird zum



Gesetz Verbesserungen einbringen. Natürlich werden sie abgelehnt werden. Stimmt sie dann doch für dieses Gesetz, was mit Sicherheit anzunehmen ist, so kann sie sich trotzdem in Positur werfen und erklären: Wir waschen unsre Hände in Unschuld. Wir können diese Haltung der P. P. S. keinesfalls gutheißen. Die P. P. S. ist ihren Wählern gerade in dieser Angelegenheit eine entschiedene Haltung schuldig.

Die Minderheiten werden dagegen stimmen. Von der deutschen Sejmvereinigung wird ein entschlossenes „Nein“ erwartet. Es darf sich nicht wiederholen, wie das bei der Abstimmung über den Voranschlag des Budgets der Fall war, wo nur die deutschen Sozialisten dagegen stimmten, während die anderen Herren des Klubs durch Abwesenheit im Saal glänzten.

Wir Deutschen können zu einer Regierung, in der Männer wie Wyganowski und Witaszowski sitzen, kein Vertrauen haben.

### Schaffung eines polnischen Kriegsrates.

Unter dem Vorsitz des Kriegsministers Sikorski hat eine Konferenz stattgefunden, in der die Schaffung eines Kriegsindustrierates und eines Landesverteidigungsrates beschlossen worden ist. Die private Kriegsindustrie soll durch Erteilung von Regierungskrediten, Vergünstigungen, Steuer-, Tarif- und Zollerleichterungen, ferner durch Ausführung geologisch-bergmännischer Untersuchungen zum Zwecke der Sicherung der Bergwerksrohstoffe für die Kriegsindustrie, und durch Errichtung von Berufsschulen unterstützt werden. Letzteres aus dem Grunde, weil die polnische Industrie einen fühlbaren Mangel an qualifiziertem Personal verspürt. Weitere Konferenzen in dieser Angelegenheit werden in den nächsten Tagen stattfinden.

### Die Verschuldung Polens.

Nach der letzten Zusammenstellung der Budgetkommission betrug die Verschuldung Polens zu Anfang des Jahres 1924 insgesamt 1,439,671,000 Zloty. Davon waren Inlandsschulden 84,833,000 Zloty und 1,354,838,000 Zloty Auslandsschulden.

Die Inlandsschulden setzen sich aus den verschiedenen Anleihen aus den Jahren 1920—1923 zusammen. Von den Auslandsschulden bilden die wichtigsten Posten: die amerikanische Schuld von 861,428,000 Zloty, die französische Schuld von 239,707,000 Zloty, die englische Schuld von 101,672,000 Zloty und die 6 prozentige Dollaranleihe von 101,278,000 Zloty.

Am 1. Mai d. J. betrug die Gesamtverschuldung Polens 1,600,343,000 Zloty. Es vermehrten sich die innere Schuld von 84,833,000 Zloty auf 121,015,000 Zloty und die Auslandsschuld von 1,354,838,000 Zloty auf 1,479,333,000 Zloty. An Inlandsschulden kamen in den ersten vier Monaten dieses Jahres sechs- und fünfprozentige Schatzscheine, die fünfprozentige Dollarprämienanleihe von 1924 und die zehnpromtente Eisenbahnleihe hinzu. Von den Auslandsanleihen vergrößerte sich die französische

Anleihe von 239,707,000 Zloty auf 277,579,000 Zloty und hinzu kommt noch die erste Rate der italienischen Anleihe von 91,760,000 Zloty.

### Erste Beratungen in Spala.

Sikoriski verhandelt mit Wojciechowski über die neue Galauniform.

Wie verlautet, hat sich Kriegsminister Sikorski zum Staatspräsidenten Wojciechowski nach Spala begeben, um mit ihm gewisse Verbesserungen an der Feiertagsuniform zu besprechen.

Die Feiertagsuniformen machen gewiß einen sehr beachtenswerten Teil der Ausgaben des Ministeriums aus. Mit der Verteidigung des Landes haben sie nichts zu tun. Man vertreibt die Zeit mit solchen Kinkeltischen, als wenn nicht wichtigere Sachen zu tun wären.

Für vollständig unnötige elegante Feiertagsuniformen ist Geld vorhanden. Nur für die Arbeitslosen ist nichts da. Und der Sparsamkeitskommissar schweigt.

### Verstärkung des ukrainischen Sejmkubs?

Nach Gerüchten in den Wandelgängen des Sejms trägt sich die Gruppe des Geistlichen Ilkow, die sogenannten Chliborobi, mit dem Gedanken, sich dem ukrainischen Klub anzuschließen. Die Gruppe der Chliborobi, die aus fünf Abgeordneten besteht, ging bisher immer mit den Rechtsparkeiten. Erst bei den Beratungen über die Sprachengesetze hat sie ihr ukrainisches Herz entdeckt. Abg. Ilkow befragt, ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, erklärte, daß der Anschluß augenblicklich noch nicht in Frage kommt. Jedenfalls widersprach er nicht den Gerüchten.

### Die Pfaffen dürfen keine Politik treiben.

Bei der dritten Lesung des Budgets hat der Sejm mit Stimmenmehrheit die nachfolgende Resolution der P. P. S. angenommen:

„Der Sejm fordert die Regierung auf, durch die ihr unterstellten Organe und nach Verständigung mit dem Episkopat durchzuführen, daß die Kanzeln, religiöse Institutionen und Umzüge nicht mehr für politische Propaganda ausgenutzt werden dürfen, besonders aber nicht zu antistaatlicher Propaganda.“

Durch die Annahme dieser Resolution hat der Sejm Klar ausgesprochen und bewiesen, daß die Kanzeln bis jetzt zu staatsfeindlicher Propaganda benutzt wurden. Es geht jetzt nur darum, daß diese Resolution kein Felsen Papier bleibt, sondern tatsächlich im praktischen Leben Anwendung finden wird.

### Die Zyrardower Affäre.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Zyrardower Werte eine Klage um Rückzahlung an den Staat der vom Fiskus erhaltenen Geldgeschenke angestrengt. Aus diesem Grunde hat die Kommission die Auslieferung Kucharstis aufgeschoben. Dadurch lastet auf ihm für unbestimmte Zeit die Schuld. Er hat also keine Möglichkeit, sich gerichtlich reinzuwaschen.

### Die Schwierigkeiten der Londoner Konferenz.

Der Text der in Paris festgestellten gemeinsamen Note an die Konferenzmächte enthält nichts davon, daß Deutschland an den Beratungen der Londoner Konferenz teilnehmen darf. Für Deutschland bleibt also weiter nichts übrig, als ein Diktat entgegenzunehmen, auf das sich die Ententemächte auf der Konferenz einigen werden. Die hohen Worte, die Herriot und Macdonald brauchen, werden kaum Wirklichkeit werden. Die Schwierigkeiten, auf der Londoner Konferenz eine praktische und zugleich friedliche Lösung des Reparationsproblems zu finden, werden immer größer. Die verblüffende Mehrheit des Vertrauensvotums Herriots im französischen Senat beweist, daß auch die Rechte für die Politik Herriots ist. Dies bedeutet, daß die Reparationskommission nicht entrechtet und der Friedensvertrag in keinem Punkt verletzt werden darf. Unter diesen Umständen ist an die Einsetzung eines amerikanischen Schiedsrichters, falls die Reparationskommission über Deutschlands Verfehlungen keinen einstimmigen Beschluß fassen sollte, nicht zu denken.

In Deutschland wird von der Rechten eine heftige Kampagne gegen die Durchführung des Dawesplanes geführt.

Die Finanzkreise Englands und Amerikas sind der Meinung, daß solange keine Garantie für die ruhige und unbedrohte Entwicklung Deutschlands besteht, die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland undiskutabel sei.

Die großen Hoffnungen, die auf die Londoner Konferenz gesetzt wurden, sind im Schwinden begriffen.

### Sturmversuch der Deutschnationalen.

Nachdem die Deutschnationalen gegen das Sachverständigengutachten ihre Organisation des Widerstandes in nun fast sämtlichen Punkten einstellen mußten, suchen sie nunmehr die Frage der Militärkontrolle als Waffe gegen die Regierung Marx-Stresemann zu benutzen. Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat einen offenen Brief an den Außenminister gerichtet, in dem es unter anderem heißt: „In der Note vom 30. Juni hat die deutsche Regierung eine nochmalige Militärkontrolle zugebilligt. Das deutsche Volk will sich die Schmach einer solchen Zumutung nicht länger bieten lassen. Es stellt die Reichswehr vor die unerträgliche Belastung einer Luftflucht durch fremde Offiziere. Wir halten uns verpflichtet, noch einmal mit allem Ernst auf die Folgen hinzuweisen, die eintreten müssen. Wenn trotzdem die Regierung die entwürdigende Militärkontrolle weiter zuläßt, die Verantwortung lastet auf Ihnen. Wir lehnen es ab.“

Es ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung diesen Ratschlägen der Deutschnationalen Folge leisten wird, wenn auch zugegeben wird, daß dieser offene Brief der Regierung zweifellos parlamentarische Schwierigkeiten bereiten wird.

### Jean Jaurés im Pantheon.

Der Ministerrat hat beschlossen, der Kammer einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der die Ueberführung der sterblichen Reste von Jean Jaurés ins Pantheon, die nationale Begräbnisstätte der großen Männer Frankreichs, vorsieht. Herriot erfüllt

### Adalises Ehe.

Roman von A. Gruscha.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er behielt ihre Hand in der seinen und sah sie bittend an.

„Und auf Wiedersehen sagen sie nicht, gnädigste Frau? Darf ich ihnen denn keinen Besuch auf Karolinenruhe abstatten?“

„Nein. Denn ich reise noch heute nach der Stadt zurück.“

Löwentanz sah sie einen Augenblick verwirrt an.

„So? Sie reisen heute noch...? Ich dachte, der Herr Gemahl...“

„Mein Mann bleibt noch eine kurze Zeit hier,“ fiel sie hastig ein. „Er baut eine Dampfmaschine, wie sie vielleicht wissen, und der Bauunternehmer ist erkrankt. Aber sobald er abkommen kann, folgt er mir natürlich nach.“

„Und in der Stadt darf ich sie besuchen?“

„Aber gewiß! Ich werde mich immer freuen, wenn sie kommen, Durchlaucht.“

Als Adalife das Haus betrat, rief sie sogleich nach Biesbeth. Zwei Stunden später, nachdem sie rasch eine Kleinigkeit gegessen hatte und Frau Knothe in der Leutestube sicher wußte, verließ sie mit dem Hausmädchen Karolinenruhe. Biesbeth schleppte zwei schwere Handkoffer, Adalife eine Reisetasche. So gingen sie zur Station, die zum Glück nur fünf Minuten entfernt war.

Biesbeth sollte mit zur Stadt fahren und solange Adalifes Bedienung übernehmen, bis man eine geschulte Jungfer gefunden.

Um neun Uhr ging der Zug von Eichstein ab. Um halb elf Uhr war man in der Stadt.

Frau Karoline war noch auf, als man ihr meldete, die junge Frau aus Karolinenruhe sei angekommen. Etwas

erschrocken eilte sie hinab, sie zu begrüßen. Aber Adalife beruhigte sie rasch.

„Es ist gar kein Grund zu erschrecken, Mutter. Nur — Leo ist den ganzen Tag durch seinen Mühlenbau in Anspruch genommen, und ich kann ihn des schlechten Wetters und der grundlosen Wege halber nicht ein mal begleiten. Da beschlossen wir, daß ich eben schon ein paar Tage früher nach der Stadt fahren sollte.“

Das wurde so unbefangen gesagt, Adalife lächelte so harmlos dazu, daß Frau Karoline erleichtert aufatmete. Am Ende war's ja auch nicht so verwunderlich. Adalife war eben ein solch zartes, verwöhntes Stadtkind, das erst lernen mußte, sich an Regentage und kotige Landstraßen zu gewöhnen...

„Es ist wohl am einfachsten, du ißt inzwischen bei uns, bis Leo kommt,“ meinte sie dann „und mietest dir erst später Leute.“

Aber davon wollte Adalife nichts wissen.

„Nein, ich will gleich meinen eigenen Haushalt einrichten,“ sagte sie sehr bestimmt. „Morgen sehe ich mich nach einer Köchin und Stubenmädchen um. Auch einen Diener möchte ich haben. Am liebsten einen, der schon in herrschaftlichen Häusern gedient hat. Es soll alles gleich in Ordnung kommen, damit man doch Leute empfangen kann.“

X.

Ungefähr um dieselbe Stunde, wo Adalife das Optulanhaus betrat, kehrte draußen in Eichstein Leo nach Karolinenruhe zurück.

Er schritt gleich nach dem Schlafzimmer, überzeugt, Adalife bereits schlafend oder sich wenigstens so stellend zu finden. Natürlich war sie noch wütend auf ihn, trotzte nun erst recht und würde dieses Spiel wohl noch ein paar Tage fortsetzen, bis sie eben einsah, daß es ihr... nichts nützte.

Leo hatte das Schlafzimmer erreicht und wunderte sich, es leer zu finden. Sollte Adalife das Trofen doch aufgegeben haben und ihn im Eßzimmer erwarten? Er

eilte hinüber. Aber auch dort war sie nicht. Sämtliche Zimmer des Seitenflügels, den sie bewohnten, durchwanderte er, um endlich wieder im Schlafzimmer zu landen — völlig verständnislos. Denn es war unbegreiflich, wo Adalife sein konnte.

Da bemerkte er plötzlich einen Brief auf ihrem Toiletentisch, auffällig hingelagert zwischen die silbernen Büchsen und Döschen. Einen Brief, der seinen Namen trug.

Da wußte er plötzlich alles, noch ehe er die wenigen Zeilen von Adalifes Hand gelesen hatte.

Sie schrieb: ... „Da du mir deine Zustimmung verweigert, gehe ich ohne diese. Ich bin keine Skavin. Und leben, wie du es von mir verlangst, kann ich nicht! Ich überlasse es ganz dir, was weiter werden soll zwischen uns. Vermagst du ein Wesen meiner Art neben dir nicht zu ertragen, dann sage ich heute noch einmal, was ich dir schon als Braut sagte: Gib mich frei! Adalife.“

Es traf ihn wie ein Schlag, unter dem selbst er, der Starke, insanken geriet. Weniger ihre Flucht — als der kalte, lieblose Ton ihres Briefes schmettete ihn nieder.

Wie an einen Feind schrieb sie an ihn! Und... „Gib mich frei!“ kam ihr das wirklich von Herzen oder schrieb es nur der gedankenlose Neizer eines unreifen Kindes?

Lange sah er in Gedanken versunken da, den Kopf in die Hände gestützt, blaß und reglos.

Als er endlich den Kopf wieder hob, wußte er: seine Rechnung war falsch gewesen von Anfang an! Mit rücksichtslosem Willen fesselt man eine Frau nicht an sich.

Und was nun? Es gab nur zwei Wege: sie frei zu geben, wie sie wollte, Oder — Geduld zu haben.

Den ersten Weg verwarf er sofort. Denn, was er niemand sonst eingestanden hätte, weil er es selbst als Schwäche bezeichnen mußte, das gestand er sich in dieser Stunde heißer Qual ein — er konnte ohne Adalife nicht mehr leben!

(Fortsetzung folgt.)

mit dieser Kriegsausbehalten Volklisten, sonderreichs stets Vorgängwar. Seit gefest word

Mussoli Fünffingebung zu e wollten, wur Ministers an zutehren. D durch die Po verfügte der

(Bon In der vollständig er konstitutionell besondere sei Nach wurde das wurde das erledigt.

Längen mittelausfuhr Anträgen te Die endgültig

In de monopolgele dieses Geset was 20 P Annahme di zur Aufnahm tusmonopol des Zübisch Einnahme e beantragte, zicklen Einn sowie zur Altholitzer

Der In d B. H. Lettar wieder ein Der Schmo

„N rung jekt beschent. zur Verbi

Aus Lodzer Zeit zu vertreten Nach der stellten Let nicht so blä Zeitung Handlanger Commissver m ä s s e n ihren Beru Organ des

Aber Nämlich, de denen er einem Geset gar nicht zu gefest gibt ausgenomm gemerkt, de um auch d

Den S Mit fahrkarten Lodzer elek einer Weis den Straß der Straß daß der R kann er a den Reit i halten 12 den Rondo wörtchen d Roudtuden Publikum ermessen, d



mit dieser Ehrung des großen, am Vorabend des Kriegsausbruchs von seiner Mörderhand gemordeten Volkstribunen eine nicht nur von den Sozialisten, sondern auch von allen Demokraten Frankreichs stets erhobene Forderung, die von seinen Vorgängern immer wieder abgelehnt worden war. Seit Zola ist keiner mehr im Pantheon beigefügt worden.

### Mussolini läßt 200 ungehorsame Faschisten verhaften.

Fünfhundert Faschisten, welche aus Neapel und Umgebung zu einer in Mailand stattfindenden Feier abreisen wollten, wurden am Bahnhof in Rom auf Befehl des Ministers angehalten und gezwungen, nach Neapel zurückzukehren. Da etwa zweihundert Faschisten der Umzingelung durch die Polizei umgingen und sich in Rom zerstreuten, verfügte der Minister deren Festnahme.

### Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter.)

In der Freitagssitzung des Sejm wurde das Budget vollständig erledigt. Sejmarschall Rataj feierte dieses erste konstitutionelle Budget des polnischen Staates durch eine besondere feierliche Ansprache.

Nach der Beschließung des Budgets in 3. Lesung wurde das Erbschaftsteuergesetz angenommen. Ebenso wurde das Gesetz über die Regelung der Zollverhältnisse erledigt.

Längere Debatten riefen die Anträge über die Lebensmittelausfuhr hervor. Bei der Stellungnahme zu diesen Anträgen teilte sich der Sejm in zwei fast gleiche Lager. Die endgültige Erledigung dieser Frage wurde vertagt.

In der Montagssitzung wurde über das Spiritusmonopologesetz beraten. Die Regierung verspricht sich durch dieses Gesetz eine Einnahme von 320 Millionen Gulden, was 20 Prozent des Budgets ausmachen würde. Die Annahme dieses Gesetzes soll der Regierung die Möglichkeit zur Aufnahme einer Auslandsanleihe geben. Das Spiritusmonopol soll als Deckung dienen. Ein Abgeordneter des Jüdischen Klubs bezweifelte, daß die Regierung diese Einnahme erzielen werde. Abg. Diamand von der P. P. S. beantragte, 2 Prozent der aus dem Spiritusmonopol erzielten Einnahmen für den Kampf mit dem Alkoholismus sowie zur Gründung von Spitälern und Sanatorien für Alkoholiker anzuweisen.

### Polales.

#### Der Schmod der „Neuen Lodzer Zeitung“.

In der Sonntagnummer vom 13. Juli kann der B. H. Leitartikel der „Neuen Lodzer Zeitung“ nicht umhin, wieder einmal sein geistiges Gefasel von sich zu geben. Der Schmod bespricht die Krise in Lodz und schreibt:

„Nicht genug des grausamen Spieles, hat uns die Regierung jetzt sogar mit einem Gesetz für Angestellten-Versicherung beschenkt. Also eine Maßnahme, die naturgemäß auch nicht zur Verbilligung der Produktion beitragen kann.“

Aus diesen zwei Sätzen ist ersichtlich, daß die „Neue Lodzer Zeitung“, die so gern die Interessen der Angestellten zu vertreten vorgibt, diesen einen Schlag ins Gesicht verfehlt. Nach der Meinung dieser Zeitung brauchen die Angestellten keine Versicherung. Alle Angestellten sind jedoch nicht so blöde, um nicht zu merken, daß die „Neue Lodzer Zeitung“ nur existieren kann, wenn sie den Fabrikanten Handlangerdienste leistet. Auch diejenigen Mitglieder des Kommissvereins, die heute noch die „Neue L. Ztg.“ lesen, müssen dahinter kommen, daß sie ein Verbrechen an ihren Berufskollegen begehen, wenn sie noch weiter dieses Organ des Spelhelders der Industriellen unterstützen.

Aber noch eins ist aus den zwei Sätzen ersichtlich. Nämlich, daß der Zeitungsschmod über Dinge schreibt, von denen er lieber die Hand lassen sollte. Er schreibt von einem Gesetz über Angestelltenversicherung. Er scheint also gar nicht zu wissen, daß es nur ein Arbeiterversicherungs-gesetz gibt und daß die Angestellten aus drücklich davon ausgenommen sind. Er hat also nichts von dem Kampf gemerkt, den die Abgeordneten der D. U. B. geführt haben, um auch die Angestellten in dieses Gesetz einzubeziehen. „Schulter, bleib bei deinem Leisten!“

#### Den Straßenbahnverwaltungen ins Stammbuch.

Mit der Erhöhung des Preises für die Straßenbahn-fahrtarten auf 20 Groschen glaubte die Direktion der Lodzer elektrischen Straßenbahn dem Publikum in irgend einer Weise entgegenkommen zu müssen. Sie hängt in den Straßenbahnwagen neue Vorschriften für die Benützung der Straßenbahn aus. In den Vorschriften heißt es u. a., daß der Kondukteur nicht verpflichtet sei, für Rest zu sorgen. Kann er große Scheine nicht wechseln, so muß der Fahrgast den Rest in der Direktion abholen. Die Vorschriften enthalten 12 Punkte, die alle das Publikum betreffen. Von den Kondukteuren und Kontrolleuren steht kein Sterbens-wörtchen drin. Und wie nötig wäre ein Punkt, der den Kondukteuren und Kontrolleuren die Höflichkeit dem Publikum gegenüber zur Pflicht macht, das kann jeder ermeßen, der die Straßenbahn benützt. Wir sind täglich

Zeugen widerwärtiger Szenen, die die Brutalität eines großen Teiles der Kondukteure und auch der Kontrolleure dem Publikum gegenüber in ein grelles Licht setzen. Mit Unhöflichkeit hat dies nichts mehr zu tun. Wer aber von diesen ungebührlichen Benehmen der Straßenbahner nichts weiß, das ist Herr Direktor Werner von der elektrischen Straßenbahn. Sollte er mit dem Anwachsen seines Geld-beutels vergessen haben, welchen Ideen er noch vor Jahren gehuldigt hat. Oder aber weiß er nichts davon, weil ihm ein Auto zur Verfügung steht und er nur höchst selten seine eigene Straßenbahn benützt. Wenn Herr Direktor Werner nicht weiß, daß wir in einem Kulturstaat leben und daß jeder Fahrgast für sein Geld zumindestens eine einigermaßen anständige Behandlung erwarten darf, dann ist es höchste Zeit, daß Herr Werner die Emeritur erhält.

Hoffentlich holt die Direktion das Versäumte noch nach.

Die Zufuhrbahnen nach Ruda und Pabianice halten seit einiger Zeit infolge Baues der Leonhardtschen Brücke auf der Pabianicer Chaussee. Die Verwaltung der Zufuhrbahnen hat es nicht einmal für nötig gefunden, dem Publi-kum durch die Zeitungen davon Mitteilung zu machen. Das Publikum wartet stundenlang an der Haltestelle auf dem Geyerischen Ring und niemand macht es aufmerksam, daß die Zufuhrbahnen weiter oben halten. Man hat nicht einmal ein auffallendes Plakat im Wartesaal angebracht. Auf der Chaussee halten die Zufuhrbahnen auf freiem Felde. Eine Laterne fehlt. In der Dunkelheit macht sich das lichtscheue Gesindel dies natürlich zunutze, indem es die Passanten belästigt. Ein Plakat sowie die Beleuchtung der Haltestelle ist die Verwaltung der Zufuhrbahnen doch wahrhaftig dem Publikum schuldig gewesen. Mit der Fahrkarten-preiserhöhung sind die Herren immer schnell bei der Hand. Doch Rücksicht auf das Publikum zu nehmen, das verstehen sie nicht. Sie haben eben kein Anstandsgefühl, denn sonst hätten sie die Anbringung eines entsprechenden Platats noch nachgeholt. Zu spät für die Anbringung der Beleuchtung ist es noch nicht, denn der Brückenbau geht im Schneckentempo vor sich und kann noch Wochen dauern.

#### Ermäßigung der Bahnggebühren.

Der Sejm hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Bahnggebühren beschäftigt und eine provisorische Regelung dieser Angelegenheit getroffen. Auf Grund des provisorischen Sejm-beschlusses sind für Personen, die sich zu Heil- oder Bildungszwecken nach dem Auslande begeben, desgleichen auch für Personen, die zu Verdienst-, Handels- und Indus-triezwecken das Ausland aufsuchen, gewisse Erleichterungen vorgesehen. Für diese Personen beträgt die Gebühr für den Auslandspaß 20 bis 50 Zlotn. Unter Umständen kann die Ausstellung auch unentgeltlich erfolgen. In der Folge soll an Stelle dieser provisorischen Vorschrift ein Gesetz treten, an dem gegenwärtig bereits gearbeitet wird, und das die Gebühr für einen Auslandspaß endgültig auf 50 Zlotn festsetzt.

#### Zwangswaise Versicherung gegen Unfall.

Das Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Unfallsfälle, das bisher nur für das ehemalige preußische Teilgebiet verpflichtet, ist seit dem 1. Juli 1924 auch im ehemaligen Kongreßpolen in Kraft getreten. Gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes sind sämtliche Unternehmer verpflichtet, im Laufe der nächsten vierzehn Tage ihre Unternehmen der Unfallversicherungsanstalt in Lemberg anzumelden. Die zeitweilige Betriebseinstellung befreit den Unternehmer nicht von der Pflicht der Anmeldung des Unternehmens. Die Nichtanmeldung zieht eine Geldstrafe oder Arrest bis zu 20 Tagen nach sich.

#### Die Sejmkommission zur Untersuchung der Gefängnisse.

Die Sejmkommission zur Untersuchung der Gefängnisse wollte am Sonntag in Lodz. Sie besichtigte alle Lodzer Gefängnisse. Am längsten weilte sie im Gefängnis in der Targowasir, wo sie zahlreiche Klagen der politischen Häftlinge entgegennahm. Die Kommission versprach, für die Häftlinge an maßgebender Stelle einzutreten. Von Lodz aus begab sich die Kommission nach Wilna.

#### Grabki verspricht.

Premierminister Grabki hat beschlossen, die den Städten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährten Kredite deswegen zurückzuziehen, weil die Städte dieselben nicht entsprechend ausnützen. Nur Städte wie Lodz sollen sofort Unterstützungsgelder erhalten.

#### Die Ausländer müssen sich nach einer Verfügung des Regierungskommissariats in der Zeit bis zum 4 August registrieren lassen.

Arbeitslose erhalten die Miete aufgeschoben.

Arbeitslose, die nicht in der Lage sind, die Miete zu bezahlen, müssen sich im Arbeitsvermittlungsamte, Rosciuszko-Allee 14, melden, wo ihnen eine diesbezügliche Bescheinigung ausgestellt wird. Arbeitslosen, die im Besitze einer solchen Bescheinigung sind, wird der Termin der Zahlung der Miete aufgeschoben.

#### Die Fabrik von Poznancki hat ihren Arbeitern

geklagt und beschlossen, in der nächsten Woche den Betrieb einzustellen. Diese Fabrik einschlossen, ruhen in Lodz gegen 70 Prozent aller Betriebe.

#### Die Straßenbahnlinie Altstadt—Chojny wird, wie wir erfahren, am 1. August l. J. dem Verkehr übergeben werden.

Die diese Linie befahrenden Wagen erhalten die Nr. 11. Im August beginnt die Straßenbahn mit dem Bau der Linke Altstadt—Brzezinskastraße—jüdischer Friedhof, die im Laufe von sechs Wochen fertiggestellt werden dürfte.

#### Spendenliste.

Anlässlich seines Urlaubsantritts spendete Herr Hugo Walter in der Geschäftsstelle der „Lodzzer Volkszeitung“ 5 Dollar zugunsten des evangelischen Waisenhauses.

Namens der bedachten Waisen danken wir dem Spender.

## Aus dem Reiche.

**Alexandrow.** Nach den Stadtratwahlen. Die Fraktion der Deutschen Arbeitspartei hat bereits zwei Sitzungen abgehalten. In der Donnerstagssitzung konstituierte sich die Fraktion wie folgt: Vorsitzender: Stv. Alexander Bengisch, Beisitzende Stv. Oswald Engel und Paul Litke, Schriftführer: Stv. Josef Huf. In der Sitzung am Montag beriet die Fraktion über Bildung einer Mehrheit im Stadtrat im Zusammenhange mit der Zusammensetzung des Magistrats. In Anwesenheit zweier Mitglieder des Hauptvorstandes wurde die diesbezügliche Taktik festgelegt. In den nächsten Tagen wird sich die Fraktion als die größte an die Stadterordneten anderer Parteien mit der Aufforderung wenden, einen Magistrat zu bilden, der sich auf eine demokratische Mehrheit stützt. Hierauf nahm die Fraktion ein eigenes Reglement an, machte sich eingehend mit den Bestimmungen des Selbstverwaltungsgesetzes bekannt und beschloß, in zwei bis drei Wochen die erste öffentliche Berichterstattungsverammlung der Fraktion zu veranstalten. Die nächste Fraktionssitzung findet am Sonnabend, nachmittags um 3 Uhr, statt.

Informationsbüro für die deutsche Wählerschaft. Die Deutsche Arbeitspartei Polens hat für die deutsche Einwohnerschaft in ihrem Lokale an der Boludniowastraße Nr. 18 ein Informationsbüro errichtet. Die Sprechstunden sind für Montag und Donnerstag von 8 bis 10 Uhr früh festgesetzt worden. Erteilt werden jeglicher Art Ratsschläge in rechtlichen, kommunalen, behördlichen und Steuerfragen. Ebenso werden Beschwerden der Krankenkassenmitglieder entgegengenommen. Auskunft erhalten alle Deutschen ohne Unterschied der Partei-zugehörigkeit.

**Pabianice.** Rücksichtslosigkeit der Fabrikanten. Auch hier führen die Fabrikanten einen erbitterten Kampf gegen die Arbeiter. Das Gesetz über die Urlaube wird von ihnen willkürlich ausgelegt. Gewöhnlich werden die Arbeiter gekündigt und man weigert sich, den ihnen zustehenden Urlaub zu bezahlen. Das Verhalten mancher Firmen ist so brutal, daß man sich über die Geduld der Arbeiterschaft wundern muß, die die Schitanen ruhig hinnimmt. Die Firma Silberstein und Weinstein, Warszawka 73, geht besonders rücksichtslos vor. Sie weigerte sich, die Urlaube zu bezahlen. Auf das Drängen der Arbeiter hin, entschloß sie sich, in Waren zu bezahlen. Und dies in Höhe von kaum 50 Prozent der ihnen laut Gesetz zustehenden Betrages. Die Stoffe wurden noch dazu so hoch angerechnet, daß die Arbeiter, wenn sie diese verkaufen, nicht einmal 30 Prozent ihres Urlaubgehaltes herauszuschlagen. Die Not zwang die meisten der Arbeiter, auf diese Regelung einzugehen. Nur die deutschen Arbeiter verharrten bei ihrer Weigerung und ersuchten den Arbeits-inspektor um Vermittlung.

Krusche und Ender führen den 10stän-digen Arbeitstag ein. Alle in dem der Familie Ender gehörenden großen Park beschäftigten Arbeiter sind gekündigt worden. Man will sie nach zwei Wochen wieder anstellen, wenn sie sich bereit erklären, 10 Stunden zu arbeiten. Die Firma will mit den Gartenarbeitern einen Versuch machen. Gehen sie auf den 10stündigen Arbeitstag ein, so wird man versuchen, diesen auch allmählich in den Fabrikbetrieben einzuführen. So wird aus der Not der Arbeiter Kapital geschlagen.

**Tuszyn.** Stadtratwahlen. Am Sonntag fanden hier Stadtratwahlen statt. Keine der eingereichten Listen rückte sich auf eine Partei. Es siegte mit 7 Mandaten die Liste der vereinigten Landwirte, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter. Die vereinigten Juden erhielten 4 Mandate, eine zweite vereinigte Liste der Landwirte, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter erhielten ein Mandat. Die Stadterordnetenversammlung besteht aus 12 Stadt-verordneten.

**Krakau.** Staatsanwalt Sozanski des Ver-brechens angeklagt. Der Staatsanwalt Sozanski, der die Geschworenen zu beeinflussen suchte, ist seines Amtes enthoben und in den Anklagezustand versetzt worden.

## Kleine politische Nachrichten.

**Beratung der Kommunalwahlen.** Die Verwaltungskommission des Sejm beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern im ehemals preußischen Teilgebiet bis zum nächsten Jahre zu vertagen. Diese Vertagung steht mit der Absicht in Verbindung, die Wahlen einheitlich in ganz Polen nach dem neu zu schaffenden Selbstverwaltungsgesetz durchzuführen.

**Warschau und Helsingfors.** Wie verlautet, wird der endgültige Termin für die Baltische Konferenz in Helsingfors nach dem Schluß der Konferenz der Chefs der Presseabteilungen der Außenministerien Lettlands, Estlands, Finnlands und Polens, die am 14. d. Mts. in Warschau zusammengetreten sind, festgelegt werden. Auf der Helsingforser Konferenz wird Polen durch den Außenminister Grafen Zamoysti und den Direktor des politischen Departements Morawski vertreten sein.

**Schlechte Ernteausichten in Sowjetrußland.** Eine außer-gewöhnliche Dürre hat die diesjährige russische Ernte in Frage gestellt. Erst durch einige Niederschläge der letzten Tage haben sich die Ernteausichten gebessert.

**Anschlag auf die rumänische Gesandtschaft in London.** Ein rumänischer Student im Alter von etwa 25 Jahren verhaftete sich heute zur rumänischen Gesandtschaft unter dem Vorwande, Hilfe und Rat zu erbitten, Zutritt. Als er bei dem rumänischen Konsul vorgelassen wurde, gab er zwei Schüsse auf ihn ab, traf ihn jedoch nicht. Der Angreifer ist verhaftet worden.

**Gegen Frankreich.** In Braxilien, in der Provinz Sao Paulo, haben sich die Soldaten dagegen aufgelegt, daß ihre Offiziere sich unter den Einfluß der französischen Militärmission stellen. Da die Offiziere dieses Diktat nicht annehmen wollten, revoltierten die Soldaten. Den Sieg trugen die Revolutionäre davon, die unter Vorhitz des Generals Randon die Regierung bildeten.



Sport.

Großes Sportfest im Helenenhof. Am Sonntag, den 20. Juli, um 3 1/2 Uhr nachmittags, findet auf dem Sportplatz im Helenenhof ein großes Sportfest zugunsten des Baufonds der St. Matthäi-Kirche statt.

Fußballwettkämpfe.

Die am Sonntag ausgetragenen Fußballwettkämpfe hatten folgende Ergebnisse:
Sta - Gatoah 3:2 (1:1)
L. R. S. - R. L. S. „Widzew I“ 4:1
In Warschau siegten:
Floridsdorfer A. C. (Wien) - Polonia 6:3 (2:3)
Warszawianka - Legja 2:2 (1:0)

Die Olympischen Spiele in Paris.

Das Mutterland des Sports - England, oder vielmehr Großbritannien, konnte vor einigen Tagen vor kaum 10,000 Zuschauern einen überraschenden Sieg in den leichtathletischen Konkurrenzläufen landen: der Schottländer Biddell gewann den 400 Meterlauf in der glänzenden Zeit von 47,6 Sek., welche einen neuen Weltrekord bedeutet und schlug den Amerikaner Fitch, sowie seinen Landsmann Butcher, dessen 3. Platz ebenfalls eine schöne Leistung darstellt.

Das 10,000 Meter Gehen, endete nicht ganz regulär, da die Bahnrichter willkürlich entschieden und einzelne Konkurrenten, wie den Oesterreicher Kihl und den Ungarn Fetele, welche korrekt gingen, zu Unrecht disqualifizierten. Sieger blieb Ugo Frigerio (Stallen) in 49:15,6, womit er um mehr als 1 Minute hinter seinem eigenen olympischen Rekord zurückblieb.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerratversammlung.

Die nächste Sitzung des Vertrauensmännerrats findet nicht am Sonnabend, den 19. Juli, sondern am darauffolgenden Sonnabend, den 26. Juli, statt. Zu derselben werden alle Vertrauensmänner eingeladen.

Der Massenmörder von Hannover.

Die Zahl der Opfer Haarmanns und seines Freundes Hans Granz steigt von Tag zu Tag. Unverständlich bleibt nur, daß die Polizei, trotzdem ihr das Treiben des Mannes schon seit langem bekannt war, keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen hat. Einmal stand er im Verdacht, an dem Verschwinden zweier Jugendlichen beteiligt zu sein. Er wurde aber wieder freigelassen. Die Eltern eines jungen Mannes klagten gegen ihn, zogen aber den Antrag zurück. Wegen Körperverletzung seiner Hauswirtin wurde er angezeigt, aber die Polizei schritt nicht ein. Sie benutzte ihn im Gegenteil seiner „guten Beziehungen“ wegen als Spitzel. Er begab sich mit gefälschtem Ausweis jeden Abend zur Bahn und lauerte dort seinen Opfern auf. Die Polizei glaubt mit Sicherheit mit 20-22 Mordtaten rechnen zu müssen. Die Behauptung des Mörders, er habe seine Opfer in der Ekstase getötet, ist durchaus glaubhaft. Auch die Version, daß er die Zerstückelung der Körper nicht aus materiellen Gründen sondern aus seiner sexuellen Veranlagung heraus vorgenommen habe, scheint wahr zu sein. Obwohl natürlich ein Verlaß des Fleisches, wie die Polizei behauptet, möglich ist. Haarmann wohnte in einem Haus in der „Roten Reihe“. Nachbarn wollen häufig in der Nacht Schreie und Schläge gehört haben. Er hatte nicht nur in seinen Kreisen Verkehr, sondern auch bessere Leute schätzten ihn als guten Gesellschafter. So hat Haarmann oft im Freibad Jugendliche angesprochen, zu sich eingeladen oder ihnen von seiner vierzehnjährigen Tochter erzählt. Trotzdem der Mörder täglich mehrere Male vernommen wird, bequemt er sich zu keinem vollen Geständnis. Unter der Last der täglich neuen Tatsachen wird er mürrisch und hinfällig. Er scheint die ganze Zahl seiner Opfer selbst nicht mehr zu wissen. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Leine mitten durch die Altstadt fließt, erscheint die Kaltblütigkeit und Sorglosigkeit Haarmanns in besonders krasser Beleuchtung. Haarmann und sein der Begünstigung verdächtiger Freund Granz wurden im Interesse der weiteren Aufklärung gefilmt.

Aus aller Welt.

Ein historisches Zimmer. In Petrograd wurde in der ehemaligen Villa Jusupow (Moska 94) das Zimmer, in dem Rasputin getötet worden ist, zur allgemeinen Besichtigung geöffnet.

Die Kirche für den Alkohol. In Südafrika, wo man nach dem Beispiel Amerikas den Alkohol verbieten will, ist den von dem Gesetz bedrohten Alkoholfreunden in der Kirche ein mächtiger Verteidiger entstanden. Die Synode der Reformierten Kirche in Südafrika hat sich nämlich mit aller Schärfe gegen die geplante Trodenlegung des Landes ausgesprochen und einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie betont, daß der Wein eine Gabe Gottes

sei, die das Herz erfreue, und daß in der Heiligen Schrift auch nicht ein Wort zu finden sei, das ein Verbot des Alkohols zu rechtfertigen vermöchte. Dank der Weisheit ihrer Kirchenvertretung werden die Südafrikaner also vorwiegend weiter mit dem Teufel Alkohol Arm in Arm spazieren gehen dürfen.

Bettler oder polnischer Fürst? In ein geheimnisvolles Dunkel über seine Herkunft suchte sich ein Angeklagter zu hüllen, der vor einem Berliner Amtsgericht unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Nach der Anklage handelt es sich um den Arbeiter Stanislaus Woy aus Warschau, während der Angeklagte auch vor Gericht mit großem Redefluß, wenn er auch gebrochen deutsch mit stark polnischem Akzent spricht, versichert, daß er wirklich der „Fürst Cäsar Stanislaus Leon Saphieha“ aus Oliva im Freistaat Danzig sei. Der Vorsitzende erklärt jedoch, an den Straftaten würde es gar nichts ändern, ob der Angeklagte sie als Woy oder als Fürst Saphieha verübt habe. Das Gericht wird aber sorgfältig prüfen, unter welchem Namen der Angeklagte zu bestrafen sei. Nach der Anklage hat der „Fürst“ in Berlin eine Reihe Grundstückswindelen unter falschem Namen verübt. Der Angeklagte war Vorsitzender des Aufsichtsrats einer europäischen Immobilienbank geworden und hatte sich hier als „Dr. jur. Prinz Saphieha“ ausgegeben. Nachdem man dahinter gekommen war, daß es mit diesem Prinzen nicht weit her sei, hatte sich die Genossenschaft aufgelöst und der Angeklagte hatte dann die Beziehungen, die er mit verschiedenen Grundstücksmaklern, darunter einem Herrn Kochmann, angeknüpft hatte, dazu ausgenützt, seine Schwindelen zu begehen. Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr umfangreich, da der Angeklagte hartnäckig alles leugnete und behauptete, daß er für alle seine Geschäfte Vollmachten besessen habe. Das Gericht verurteilte Woy wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung unter Verlegung mildernder Umstände zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Briefkasten.

Abonnent C. L. J. Diese Nachrichten sind Bekanntmachungen, für die die Gebühren entrichtet werden müßten. Bis jetzt hat man diese Bekanntmachungen bei uns nicht aufgegeben.

Offizielle Kursnotierungen.

Table with columns: Devisen, 11. Juli, 15. Juli. Rows include Engl. Pfd., Dollar, Schw. Frank., Franz. Frank., Belg. Frank., Goldbons.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Kul. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Sportplatz „Helenenhof“

Sonntag, den 20. Juli d. J., nachmittags von 3 1/2 Uhr ab:

Großes Sportfest

zugunsten des Baufonds der St. Matthäi-Kirche in Lodz

unter Beteiligung der Radfahrervereinigung „Union“-Lodz, der Sportvereine „Rapid“ und „Pogon“, des Athletenklubs, sowie sämtlicher vereinigter Turnvereine der Wojewodschaft Lodz, des Turnvereins „Aurora“ und des Radogoszezer Turnvereins unter Leitung des Gauturnwarts Herrn Alfons Stempel.

Im Programm sind unter anderem vorgesehen:

- 1. Allgemeine Freübung aller Turnvereine; 2. Reulenschwingen des Turnvereins „Kraft“; 3. großes Radrennen der besten Radfahrer von Lodz; 4. Rürturnen der vereinigten Turnvereine; 5. Stafettenlauf; 6. Fußballspiel; 7. Ringkämpfe; 8. Pyramiden und Fackel-Radreigen bei bengalischer Beleuchtung.

Während der Vorführungen und Pausen konzertiert die Scheiblersche Musikkapelle unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Arno Thonfeld.

Eintrittspreise von 70 Groschen an.

Bei ungünstiger Witterung findet das Sportfest am Sonntag, den 27. Juli, statt.

Unsere Preise sind um 35% reduziert!

Sie kaufen gut u. billig Ihre Sommergarderoben gegen bar u. Ratenzahlungen nur bei „WYGODA“ Petrikauer 238.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eig. Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Filialen besitzen wir nicht)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt einzukaufen!

Schmehl & Rosner, Lodz, Petrikauer-Str. 100 u. 160, haben die Preise um 30% für alle Waren ermäßigt und raten Ihnen die Belegenheit auszunützen.

Frei von Sorgen

Kann man den Sommer nur dann erleben, wenn man die Winterkohlenbestellung bei R. Gerhard, Kilińskięgo 178 u. Borysia 1,

Holz- u. Kohlenlager,

gemacht hat. - Wir liefern gegen Ratenzahlung oder Wechsel Fiesbaugrubenkohlen zu den billigsten Preisen. Zustellung ins Haus unentgeltlich. Für Bäckerei- und Siegelbesitzer habe reiches Lager. 245

Fahrräder, Pneumatiks

Ersatzteile en gros u. en detail kauft man gut u. billig bei T. J. ARNOLD, LODZ, Petrikauerstr. 191

Reparaturen aller Art, auch Emailierung etc. werden tadellos u. billig ausgeführt Werkstätten: Petrikauer Nr. 115 und 175



Trauringe

in großer Auswahl, Bijouterie, Tischbesteck in Silber u. plattiert, goldene und silberne Uhren moderner Fassons, sowie Salons-, Zimmer- und Küchen-

Uhren.

Alle Reparaturen werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

JAN CHMIEL NAWROT 4.

Oskar Kahler

Glasschleiferei u. Spiegelbelegerei Lodz, Wolczanska 109 empfiehlt ab Lager: Toiletten-, Wand- und Stehspiegel (Trumeaus) vom kleinsten bis zum größten Format; übernimmt zur sorgfältigen Ausführung aller Art Bestellungen. Solide Arbeit. - Mäßige Preise.

Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Im Verlage der „Lodzzer Volkszeitung“ ist erschienen: Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens. Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Jarmenholstraße 11, sowie durch die Zeitungsausträger.